Mido 1,50

Informations-Dienst



zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 29 1.4.1974

I N L A N D

A U S L A N D

D O K U M E N T A T I O N

6 Frankfurt 1
Homburger Str. 36
Tel (0611) 77 46 96

postscheckkonto
w.spruck; frankfurt 60
nr. 525228-602

bürozeiten:
mo, mi, fri 11-15 uhr

redaktionsschluß
freitag 20 uhr!

verantwortlich:
peter m. borch
1 berlin33

kontaktzentren:

2 hamburg
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel. 444003

463 bochum-querenbg
evang. stud. gemeinde
lennerhofstr. 66
baracke VIII
tel. 701465

5 köln
pol. buchladen
zülpicher str. 197
tel. 446171

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis-buchhandlung
adalbertstr. 41 b
089/2809522

MONATSABO 5,-

HAUSMITTEILUNGEN

n a c h d r u c k / solange unser "copy right" ungeklärt ist, bitten wir alle ID abonnenten und bezieher im falle eines nachdrucks auf ID unbedingt hinzuweisen und nach möglichkeit uns ein belegexemplar zu überlassen, da wir gerne wissen möchten, wo und wie ID verwendung findet, d.h. seine aufgabe gegenöffentlichkeit mitherzustellen, erfüllt wird. solche rückkopplung motiviert uns auch.

b e r i c h t i g u n g / in letzter nummer (28) ist uns ein sinnentstellender druckfehler unterlaufen. seite 1, bericht aus stuttgart, letzter satz: "revolutionäre gewerkschaftsopposition ist notwendig" spiegelt nicht die meinung des ID-kollektivs wieder.

g e l d / ID befindet sich in einer finanziellen krise, da einige quellen versiegelt worden sind. wir haben schwierigkeiten bei papierankauf, von zwölf händlern war keiner im stande, uns die notwendige menge zu liefern. papier ist knapp geworden und natürlich teurer. deshalb unterstützt uns und bezahlt die abos!

BOCHUM (ID) WER ARBEITET AN ÖKONIMISCH-POLITISCHEN UNTERSUCHUNGEN?

14. märz wer hat interesse an kontakten zur diskussion solcher untersuchungen, zum austausch von informationen, fragestellungen, konzepten, usw?
wir sind eine projektgruppe, die sich mit der analyse verschiedener ruhrgebietskonzerne (vor allem stahlkonzerne) beschäftigt hat und jetzt darangeht, die rolle des imperialistischen staates bei der durchsetzung der kapitalstrategien und bei der unterdrückung der klassenkämpfe genauer zu untersuchen (einschließlich wohnungsbaupolitik, siedlungs- und verkehrspolitik).
wozu sind solche analysen nütze?
es hat sich für kommunistische und andere fortschrittliche kollegen während der streiks in letzter zeit gezeigt, daß genaues wissen über das kapital, gegen das sie ihre kämpfe führen, sehr wichtig ist: denn umso besser können sie in den tageskämpfen die strategien der kapitalisten einschätzen und ihre propaganda widerlegen. und vor allem: erst konkrete analysen überzeugen davon, daß der kapitalismus notwendigerweise zu immer schärferen krisen und schließlich zu kriegen führt, die nur durch den revolutionären kampf für den sozialismus überwunden werden können. beispiel für eine solche untersuchungsarbeit ist der bericht "opel streikt", der die arbeit der gog bei opel bochum unterstützen sollte (gog = gewerkschaftsoppositionelle gruppe - ein zusammenschluß fortschrittlicher kollegen gegen die gewerkschaftsbürokratie).
wir haben die erfahrung gemacht, daß es richtig war, mit den politökonomischen untersuchungen auf einer möglichst konkreten ebene anzusetzen, d.h. uns auf den raum ruhrgebiet zu konzentrieren. aus anderen großstädten der brd haben wir von ähnlichen initiativen gehört oder von dem wunsch, solche initiativen zu starten. wäre es nicht sinnvoll, zu einem austausch von erfahrungen zwischen gruppen und einzelnen aus den verschiedenen ballungszentren (rhein/main, hamburg/bremen, münchen usw.) zu kommen? einmal, um allgemeinere, aber durch konkrete analysen gewonnene einsichten über die entwicklung des brd/eg-imperialismus zu gewinnen und dann, um dadurch die eigene regionale untersuchungsarbeit zu verbessern.

projektgruppe ruhrgebietanalyse
4630 bochum
lennershofstr. 66

GÖTTINGEN (ID) SALÜ FREAKS!

29. märz endlich bin ich dazu gekommen, 'ne lange idee von mir zu verwirklichen. ich habe nämlich vor, 'ne tramper-arbeitsgemeinschaft zu gründen. da es aber nicht viel nützt, wenn es nur irgendwo in deutschland eine einzige ag gibt (die nicht effektiv genug ist), dachte ich mir, daß es besser ist, wenn sich überall im bundesgebiet solche ags bilden (vielleicht als e.v., da gibt es vielleicht zuschüsse). die arbeit dieser ags ließe sich dann ganz gut koordinieren.
ich habe schon mit dem wdr-jugendprogramm (fernsehen) und ken welsh (autor von "hitch-hiker's guide to europe") kontakt aufgenommen, um 'ne menge leute für diese idee zu mobilisieren, denn nur auf diese weise kann die arbeit effektiv laufen und man muß damit dann auch in kauf nehmen, daß man hier und da mal 'nen belämmerten typ dazwischen hat.
den sinn der ags sehe ich wie folgt:
1) zusammenarbeit mit diversen organisationen, um das trampen z.b. beim autofahrer populärer zu machen (daß also mehr leute anhalten)
2) arbeit für soziale belange der tramper (größeres netzt von jugendherbergen und anderen billigen unterkünften; liberalisierung des bislang ziemlich reaktionären deutschen jugendherbergswerks; versicherung für tramper, falls z.b. autofahrer scheiße bauen (unfall, klauerei, o.ä.)
3) austausch von informationen zwischen den ags (z.b. auch: herstellen von infos über bestimmte gebiete (ähnlich "hitch-hiker's guide to europe", nur viel genauer); warnung vor belämmerten leuten (autofahrer, aber auch freaks, die in 'ne ag einsteigen wollen, aber woanders schon scheiße verzapft haben usw.)

4) hilfe für auswärtige tramper, die in den bereichen der ag trampen wollen.
5) vielleicht 'ne regelmäßige zeitung über relevante themen. den rest kann man sich dann untereinander ausmachen, da es mir momentan auch noch an mehr konkreten ideen mangelt.

ich würde es jedenfalls begrüßen, wenn sich ein paar leute zu ags zusammenschliessen würden (quatscht mal'n paar typen in eurem jugendzentrum oder an der autobahnauffahrt oder weiß-der-pferd-wo an, oder haut mal'n zettel an'n schwarzes brett). wenn's geschehen ist, laßt's mich wissen; auch wenn ihr euch dafür interessiert, aber sonst keinen kennt. wenn sich nur genug bei mir (mit rückporto!!!) melden, kann ich vielleicht kontakte herstellen.

meine adresse: jürgen bischoff, kennwort: tramper-ag, 34 göttingen, petrikirchstr.

ps: in göttingen, münster und im ruhrgebiet gibt es schon interessenten. okay, jetzt schon thanks für eure interessen und daumen hoch!

WAIBLINGEN (ID) DOKUMENTATION DES DACHVERBANDES DER JUGENDZENTREN

20. märz der dachverband der jugendzentren rems/murr veröffentlicht anfang april als nächstes "inforum" eine dokumentation über sein zweijähriges bestehen. darin werden die wichtigsten erfahrungen aus der vergangenheit zusammengefaßt.

mit dieser dokumentation (52 seiten) sollen erfahrungen weitergegeben werden, gerade in bezug auf die gründung von dachverbänden.
bestellungen können an folgende adresse gerichtet werden:
inforum-redaktion, reinhard witschel, 7064 geradstetten, august-lämmle-str. 56
inforum-redaktion, 7055 stetten, postfach 1101

der preis der dokumentation steht noch nicht fest, vermutlich wird er nicht über 2,-- dm liegen.

FRANKFURT (ID) POLIZEIPRÄSIDENT MÜLLER BENÖTIGT FREIZEITBERATER

15. märz die rechtsanwälte reiner demski undberndkoch forderten auf einer pressekonferenz bei dem schriftsteller jürgen roth den hessischen innenminister und den leiter der frankfurter staatsanwaltschaft auf, "der hemmungslosen propagandatätigkeit" des frankfurter polizeipräsidenten müller, ein rasches ende zu bereiten. der polizeipräsident beeinflusse nach ansicht der rechtsanwälte die klärung der gegen zahlreiche polizeibeamte erhobenen vorwürfe derart massiv zu gunsten der beschuldigten beamten, daß der ordnungsmäßige ablauf der ermittlungsverfahren fraglich sei. als hilfsbeamter der staatsanwaltschaft sei der polizeipräsident nicht befugt, in dieser weise in die rechtspflege einzugreifen und unter ausnutzung seines amtes die massenmedien zur verteidigung der beschuldigten polizeibeamten einzusetzen, indem er durch einseitige darstellungen die ergebnisse der staatsanwaltschaftlichen ermittlungen vorwegzunehmen versuche. besonders betroffen zeigten sich die anwälte darüber, daß müller in einer sendung des hessischen rundfunks polizeifotos von den anzeigeerstattern - teilweise unter voller namensnennung - veröffentlichte. es sei bedauerlich, daß sich der hessische rundfunk zu einer solchen verletzung der intimsphäre hergegeben habe. diese methoden des polizeipräsidenten seien objektiv geeignet, zeugen einzuschüchtern und würden - unterstelle man nicht den durch nichts zu erschütternden glauben müllers an die unschuld seiner beamten - anlaß gäben, gegen ihn wegen verdachts der begünstigung im amt zu ermitteln und zu prüfen, ob gegen den polizeipräsidenten wegen verdunklungsgefahr untersuchungshaft anzuordnen sei. der psychologisch sicherlich nicht uninteressante rechtfertigungsdrang des polizeipräsidenten führe dazu, daß es schwierig sein werde, in hessen richter zu finden, deren unbefangenheit über jeden begründeten zweifel erhaben sei.

als verteidiger von gerhard zwerenz forderte rechtsanwalt demski innenminister bielefeld auf, dempolizeipräsidenten sofort zu untersagen, während seiner dienstzeit "die ergebnisse seiner durchaus dilettantischen forschungen über den geisteszustand und den literarischen wert der werke" seines mandanten der öffentlichkeit mitzuteilen. wenngleich demski auch für ausgefallene hobbies verständnis habe, sollten diese doch während der freizeit ausgeübt werden.

DÜSSELDORF(ID) AUFRUF ZUR UNTERSTÜTZUNG DER AKTION DER KOMITEES GEGEN FOLTER AN POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER BRD VOR DEM NORDRHEINWESTFÄLISCHEN JUSTIZMINISTERIUM

29. märz wir, die komitees gegen folter an politischen gefangenen in der brd stehen seit dem 14.3.74 vor dem justizministerium in düsseldorf. wir greifen justizminister posser in seiner funktion als verantwortlichen für den toten trakt in der jva köln-ossendorf an. (siehe ID 27).

seit dem 5.2.74 werden gudrun ensslin und ulrike meinhof, die als mitglieder der roten armee fraktion angeklagt sind, in der sogenannten psychatrischen frauenabteilung der jva köln-ossendorf, dem toten trakt, isoliert gehalten. auch der zusammenschluß der beiden gefangenen in einer zelle für 2 stunden am tag, der gemeinsame hofgang für eine stunde täglich, ändern an der lebensvernichtenden wirkung der isolationsfolter nichts. eine gefangene schreibt: "natürlich gibt es einen unterschied, ob allein oder zu zweit, wie es einen unterschied gibt zwischen 800 und 1000 elektroschocks".

unsere demonstration in düsseldorf ist so lange befristet, bis die beiden verlegt worden sind.

eine verlegung nach stuttgart stammheim, wo der 7. stock extra für den sogenannten harten kern der raf ausgebaut wurde, ist nicht die erfüllung unserer forderung, sondern strategie des bgh und der sicherungsgruppe bonn, die politischen gefangenen unter einbeziehung wissenschaftlicher erkenntnisse weiter zu foltern.

unsere permanente protestdemonstration vor dem justizministerium ist der brennpunkt mehrer aktionen und proteste gegen den toten trakt und die isolationsfolter in der brd. ein teil der liberalen, auf deren funktion im öffentlichen leben dieses system noch angewiesen ist, um weiter verschleiert foltern zu können, unterstützt uns im kampf gegen die folter, indem sie ihren einfluß geltend machen, z.b. durch die unterzeichnung des offenen briefes von prof. leithäuser aus hannover. 15 pastoren aus hamburg haben eine eigene erklärung abgegeben. 26 hochschullehrer aus bremen haben sich bereits mit unseren forderungen solidarisiert. beim teach-in in hamburg haben sich die jusos, die judos, die falken mit resolutionen, die auf bundesebene verabschiedet wurden, ebenfalls hinter unsere forderungen gestellt. die angehörigen der politischen gefangenen wollen nicht länger alibi für die foltermaßnahmen der politischen justiz sein, indem ihre besuche bei den gefangenen dafür ausgegeben werden, daß die gefangenen nicht gefoltert werden. sie haben eine erklärung abgegeben und sie dem justizminister überreicht. in frankreich, holland, schweden werden z.zt. demonstrationen vor den deutschen botschaften vorbereitet.

in düsseldorf stehen wir von neun bis 18 uhr täglich und informieren die düsseldorfer über die machenschaften der justiz. wir werden auch hier unterstützt: von der esg mit tagungsräumen und von der liga gegen den imperialismus technisch. in den städten, wo komitees sind, finden teach-ins statt, info-stände sind aufgestellt mit dem ziel bekanntzumachen, daß in der brd gefoltert wird und aufzurufen zur praktischen unterstützung der komitees in düsseldorf. wi r finden es notwendig, daß sich mehr leute hier damit auseinandersetzen, daß hier gefoltert wird und etwas dagegen machen, konkret um die verlegung von u. meinhof und g. ensslin zu kämpfen.

wichtig ist, daß genossen nach düsseldorf kommen und uns da unterstützen, oder daß das problem in politischen gruppen diskutiert wird. außerdem brauchen wir dringend geld!

die komitees gegen folter an politischen gefangenen in der brd düsseldorf, martin-luther-platz, spendenkonto: haspa 1827, hamburg, kto.-nr. 1205/491283, heike kunkel.

STUTTGART (ID) AUS DEM OFFENEN BRIEF DER STUDENTENFÖRDERATION DER TÜRKEI

27. märz am 14. oktober 1973 wurden in der türkei allgemeine parlamentswahlen durchgeführt. während dieser wahl, welche in der westlichen presse als "rückkehr zur demokratie" (putsch der militärs am 12. märz 1971) interpretiert wurde, versprachen die heutigen regierungsparteien, vor allem aber die "links von der mitte" stehende republikanische volkspartei,

tiefgehende veränderungen. die sprecher der rvp, die heute die mehrheit im parlament besitzt, haben während der wahl versprochen, daß sie im falle eines wahlsieges in der türkei eine periode des friedens und wohlstandes eröffnen werden. sie haben sofortige generalamnestie versprochen. sie haben grenzenlose meinungsfreiheit versprochen. da sie die forderungen des volkes verteidigt haben, hat unser volk die heutigen regierungssprecher zum wahlsieger gemacht. das volk der türkei erwartet jetzt von den regierungsparteien das versprochene in die tat umzusetzen. aber die praxis zeigt, daß die versprechen nicht gehalten werden. aus der versprochenen generalamnestie ist nach der regierungsvorlage folgendes geworden.: von allen strafen werden 12 jahre der gesamten strafe amnestiert. ausgenommen von dieser amnestie sind strafen, die für "staatsgefährdende" delikte ausgesprochen worden sind. von solchen strafen werden nur 5 jahre der gesamtstrafe amnestiert. in der begründung heißt es, die gesellschaft wolle nicht, daß diejenigen amnestiert werden, die gegen den staat gekämpft haben. d.h. mit anderen worten, das volk wolle nicht, daß die politischen gefangenen freigelassen werden.

nach dem putsch wurden auch auf die patrioten im ausland faschistische unterdrückungsmaßnahmen angewandt. die konsulate und andere auslandsvertretungen der regierung wurden mit m.i.t.-agenten vollgestopft. ausgebildete agenten wurden als arbeiter-attachés, lehrer, konsulatangestellte etc. in die brd geschickt. auf denunziation solcher agenten wurden die pässe vieler demokraten durch konsulate beschlagnahmt.

diese faschistischen unterdrückungsmaßnahmen dauern trotz der neuen regierung noch heute an. besonders in den letzten monaten hat auch die westdeutsche polizei die unterdrückung der in der türkei verfolgten patrioten verschärft. gestützt auf die von m.i.t. geschaffenen fakten wurde der türkische student himmet subasi, und der türkische arbeiter yildirim dagyeli verhaftet. unser vorstandsmitglied vahap aslan, dessen paß im mai 73 aufgrund der kriegsrechtsverwaltung beschlagnahmt wurde, wurde aufgefordert, bis zum 15.4.74 die brd zu verlassen. es gibt noch dutzende patrioten, deren pässe unrechtmäßig beschlagnahmt worden sind.

um unseren forderungen - freilassung aller politischen gefangenen, schluß mit der verfolgung und unterdrückung der patrioten aus der türkei, ausstellung aller bisher beschlagnahmten pässe - nachdruck zu verleihen, werden wir ab 1.4. in frankfurt/main, deutschherrenufer 12, einen hungerstreik durchführen.

atöf, 7 stuttgart 1, kepler str. 17

FRANKFURT (ID) VDO WILL WEGEN BENUTZUNG DER KLOS KÜNDIGEN

23. märz vdo ist hersteller von meßinstrumenten und im besitz der familie linsenhoff. der größte teil der beschäftigten sind ausländische arbeiterinnen, die unter härtesten bedingungen am band arbeiten müssen. der betriebsrat besteht nahezu ausschließlich aus cdu-mitgliedern, der 2. betriebsratsvorsitzende ist eingeschriebenes npd-mitglied. die etwa 40 meister, in der regel in der cdu, haben sich innerhalb des betriebes organisiert und treffen sich regelmäßig zu besprechungen, die wohl meistens dazu dienen, die repressalien innerhalb des betriebes organisatorisch auszubauen.

folgender vorfall ereignete sich in letzter zeit und ist typisch für die situation:

eine italienische kollegin soll rausgeschmissen werden, weil sie angeblich die toilette falsch benutzt hat. die putzfrau hat die "besetzte" tür aufgeschlossen und danach dem betriebsrat glaubhaft machen können, die kollegin habe auf der brille gestanden. (den ausländischen arbeiterinnen wird immer vorgeworfen, sie könnten sitzklos nicht korrekt benutzen) kurz danach ist der kollegin mündlich gekündigt worden. hat etwa der betriebsrat selber die kündigung veranlaßt? mindestens wissen wir alle, daß er schon mehrfach kündigungen aufgrund dieser anschuldigung zugestimmt hat.

die kolleginnen in der abteilung sind aufgebracht, weil sie die italienerin kennen und wissen, daß die beschuldigung eine lüge ist; und darüber, daß die vdo-bosse eine solche anschuldigung zum vorwand nehmen, arbeiter rauszuschmeißen. um die kündigung noch zu verhindern, haben die kolleginnen 40 unterschriften für eine protesterklärung gesammelt.

betriebsgruppe vdo

HILDESHEIM (ID) RICHTER BRICHT SEIN WORT

29. märz der arbeiter harry eisermann wurde laut beschluß der IV. großen strafkammer des landgerichts hildesheim vom 7.1.73 aus der haft entlassen. sein richter sagte ihm damals, daß er nicht damit rechnen müsse, zurückzukehren; er solle sich eine längerfristige arbeit und eine wohnung suchen. harry bekam beides , der job war bei pressereferat des hessischen kultusministeriums.

die entlassung erfolgte nach dreieinhalbjährigem knastaufenthalt, während dem er aufgrund seiner juristischen und politischen aktivitäten für sich und andere permanent verschoben wurde. im gegensatz zu sonstigen gebräuchen wurde kein zusammengefaßtes urteil über die ihm vorgeworfene straftaten verhängt, sondern mehrere einzelstrafen, die sich addierten. schon diese verfahrensweise war mehr als sonderbar, jetzt stellt sich heraus, daß auch das versprechen seines richters freche lüge war: am 20.3.74 bekam harry eisemann die ladung zum strafantritt in butzbach, ausgestellt von staatsanwalt beim landesgericht hildesheim. man gab ihm ganze sechs tage zeit, seine wohnung aufzulösen (er lebte allein). kultusminister ludwig von friedeburg kündigte ihm persönlich am 23.märz - am tag zuvor war der arbeitsvertrag von harry nocheinmal um drei monate verlängert worden. noch am tage zuvor, bei der aushändigung des neuen arbeitsvertrages, hatte ministerialrat schießer harry für seine hervorragende arbeitsleistung beglückwünscht und ihm als einem besonders hervorragenden fall von gelungener resozialisierung bezeichnet.

rh frankfurt:"mit der erneuten verhaftung wird die gesamte persönliche existenz eisermanns vernichtet, der aufgrund seiner stellung langfristige finanzielle verpflichtungen einging. - wenn er aus dem gefängnis kommt, wird er nicht nur vor dem nichts stehen, sondern wieder in den teufelskreis gerichtsvollzieher, richter etc. hineinkommen.

wir fordern alle leser des id auf, in telegrammen und schreibensich für die sofortige entlassung von harry eisermann und die aufhebung des haftbefehls einzusetzen.

adresse: staatsanwaltschaft beim landgericht hildesheim, 32 hildesheim, kaiserstr. 60 (wichtig: geschäftsnummer angeben - 9 kls 11/71)."

AUSLAND

NEAPEL (LOTTA CONTINUA/id) FRAUEN BESETZTEN FERNSEHSTUDIOS

9. märz fast 500 arbeiterfrauen haben mit ihren kindern am internationalen frauentag, den 8. märz, die fernsehstudios des italienischen rundfunks (rai) in neapel besetzt. die frauen forderten, dass über die sender die nachricht verbreitet werde, dass sie verschiedene häuser im stadtgebiet don guanelia besetzt hätten, und zwar als antwort auf ihre nicht erfüllte forderung nach besserem und billigerem wohnraum. daraufhin umstellten hunderte von polizisten das studiogebäude, doch die frauen durchbrachen die ketten.

PARIS/BESANCON (LIB/ID) KAMPF FÜR LEGALE ABTREIBUNG

28. märz mitte april wird in der nationalversammlung eine debatte stattfinden, in der für oder gegen die freigabe der abtreibung entschieden werden soll. die französischen frauen entfachen mit aufklärungskampagnen aktionen, selbstorganisierte abtreibungen, eine öffentliche diskussion. der ministerrat hat am 27.3. eine gesetzesvorlage gebilligt, die die abgabe von verhütungsmitteln vereinfachen soll. das neue gesetzt sieht vor, das bisher obligatorische

einschreiben in eine spezielle liste und vorzeigen eines gesundheitsausweises beim ankauf von verhütungsmitteln aufzuheben. rezeptpflichtig sollen alle verhütungsmittel weiterhin bleiben. außerdem sollen jugendliche, die sich verhütungsmittel besorgen wollen, ab 18 jahren verhütungsmittel erhalten, ohne die zustimmung der eltern vorweisen zu müssen, d.h., daß die altersgrenze um drei jahre von 21 auf 18 jahre gesenkt wird. das verbot jeglicher propaganda, die die geburtenziffer einschränken könnte und kommerzielle werbung für verhütungsmittel bleiben bestehen.

BESANCON

22. märz am 22.3. besetzten 20 männer und frauen der "bewegung für die freigabe der abtreibung und verhütungsmittel (mlac)" eine entbindungsanstalt in besancon. sie bringen eine 38jährige frau mit, mutter von 8 kindern, im 3. monat schwanger und fordern, daß sofort eine abtreibung an ihr vorgenommen wird. der chefarzt weigert sich, den eingriff vorzunehmen. die besetzer beschließen, in der klinik zu bleiben bis ihre forderung durchgesetzt ist, sie bleiben die ganze nacht über. am morgen lassen sie sich kaffee bringen und hängen über den eingang der klinik ein spruchband mit der aufschrift "bereitsschaftsdienst der mlac". gegen 11.00 uhr räumt die polizei den warteraum und entführt die demonstranten zur feststellung der personalien ins polizeirevier.

PARIS am gleichen tag kam ein bus, den die mlac besitzt, aus holland zurück nach paris, mit großen spruchbändern am bus: "holland ist für uns kein tourismus" und "ja, wir kommen vom abtreiben". 40 frauen waren am mittwoch zu einer klinik in amsterdam abgefahren. jetzt bei ihrer ankunft in paris, erklärten sie mit flugblättern und in diskussionen, warum sie zu der fahrt gezwungen waren. nach einer halben stunde greift die polizei ein, frauen werden zu boden geworfen, einige mit zur polizei geschleift. am folgenden mittwoch fuhr von neuem ein bus nach amsterdam. ein demonstrationsmarsch zur nationalversammlung am 6. april wird organisiert. währenddessen sammeln sich die gegner der abtreibung. die gruppe "laßt sie leben" hat junge faschisten zur unterstützung gerufen. in toulouse explodierten gaspatronen im büro der mlac, der regisseur des films "histoire d'a" (geschichte der abtreibung) wurde verprügelt. die aufführung des films ist seit seinem erscheinen untersagt. trotzdem kommt es zu vorführungen, meistens in den universitäten, manchmal auch in den stadtteilen.

MANCHESTER (PNS/id) "GEFALLENE" FRAUEN BESETZTEN EIN HAUS

26. märz eine gruppe von frauen hat in manchester ein seit über einem jahr leerstehendes haus besetzt, in dem nun ein ständiges zentrum für sogenannte gefallene frauen eingerichtet werden soll. die aktion wurde durch zwei frauen ausgelöst, die eines abends mit ihren kindern zum frauenzentrum kamen, nachdem ihre männer sie verprügelt und aus dem haus geschmissen hatten und sie nicht wussten wohin.

die besetzung war eine notmassnahme, da das frauenzentrum zu klein ist und auch nur zeitlich begrenzt leute aufnehmen kann. in flugblättern wurde der sinn der besetzung erklärt und um unterstützung und hilfe gebeten, damit das haus als ständiges zentrum für "trebe"-frauen gekauft werden kann. (18 stockton road, manchester 21)

LONDON (ID/PNS) LUXUSWOHNUNGEN IN ISLINGTON BESETZT

23. märz sieben leute haben am samstag den 23.3. einen block von drei luxuswohnungen in 31, islington park street, london n1, besetzt. diese besetzung wird von mietern in der nahen ashby street unterstützt, die gegen schlechte wohnbedingungen und drohende ausweisung kämpfen.

die islington park wohnungen und die ashby street wohnungen sind beide im besitz von gesellschaften, die mit prebble & coassoziiert sind, einem häuser- und grundstücksmakler. in einem flugblatt der häuserbesetzer heißt es: "prebble vertreibt mieter aus ihren häusern, um sie in luxuseigentumswohnungen umzuwandeln. in der ashby street hat das schon dazu

geführt, daß einige mieter gegen räumungsbefehle kämpfen, um in ihren wohnungen zu bleiben. es ist vorgeschlagen worden, daß menschen ohne wohnung in die leeren räume einziehen, um den mieterkampf zu unterstützen.

die leeren räume in der ashby street werden mit prebbles methode der gezielten vernachlässigung unbewohnbar gemacht, zum beispiel lecke dächer, kein warmes wasser, kein licht und wasser der kanalisation in dem schlafzimmer der parterre-wohnung. die andere seite und die ursache des schmutzes sind entwicklungen wie diese eigentumswohnungen in islington park street. diese wohnungen sind leer und in gutem zustand seit ihrer umwandlung vor 2 jahren. sie wurden besetzt, um die methode der profitmacher zu entlarven.

zu den besetzern gehört eine schwangere frau, die keine wohnung von der stadt bekommen hat und eine gruppe, die seit dezember ohne elektrizität leben mußte. sie wollen in den wohnungen bis zum räumungstermin bleiben. die wohnungen wurden vor 2 jahren mit bereits 14,000 pfund zum verkauf angeboten. die besetzer fordern, daß sie zusammen mit den ashby street häusern von der stadt zwangsverkauft werden. sie sagen: "alle häuser müssen unter öffentliche kontrolle gebracht und zu öffentlichem eigentum werden , so oder so." -

LONDON (PNS/id) WALISER BLOCKIERTEN VERKEHRSZENTRUM

25. märz mehr als hundert mitglieder der "cymdeithas" (gesellschaft für walisische sprache) blockierten am samstag vor einer woche durch einen sitzstreik den verkehr in whitehall, um dadurch ihren forderungen nach einem walisischen radio- und fernsehkanal nachdruck zu verleihen. sechzig personen wurden verhaftet, von denen laut "peace news" 24 wegen widerstand bis dienstag festgehalten wurden.

daten über walisische sendungen zeigen, dass im jahr 1969/70 im fernsehen 11.040 stunden in englischer, aber nur 660 stunden in walisischer sprache ausgestrahlt wurden. im rundfunk war das verhältnis sogar 23.502 zu 669 stunden. cymdeithas sagt aber, dass selbst diese zahlen noch irreführend seien, da in spitzensendezeiten nur englische programme gesendet werden. (peace news, 5 caledonien road, london 1)

BAYONNE (PTS/ID) HUNGERSTREIK BIS ZUM TODE VON BASKISCHEN POLITISCHEN FLÜCHTLINGEN IN FRANKREICH

16. märz 43 spanische baskenflüchtlinge begannen am 15.2. einen hungerstreik um gegen die zwangsverlegung, die das französische innenministerium gegen sie ausgesprochen hatte, zu protestieren.

nach 26 tagen ohne nahrung, nur wasser, wurden 15 von ihnen in sehr ernsthaftem zustand ins krankenhaus eingewiesen. sie verweigerten heftigst jegliche medizinische hilfe und es scheint, als ob sie ihren streik bis zu ihrem tod fortführen wollen, wenn ihre forderungen nicht erfüllt werden. dieser kollektive hungerstreik - in anbetracht menschlichen widerstandes - geht weit über alle ähnlichen streiks, von denen bisher berichtet wurde, hinaus.

der hungerstreik begann in der südfranzösischen stadt bayonne, als die französische regierung den beschluß fasste, eine reihe spanischer baskenflüchtlinge von südfrankreich (nahe dem französischen teil des baskenlandes) nach nordfrankreich zwangszuverlegen. "die dafür angegebenen gründe waren, dem innenministerium zufolge, daß die baskischen flüchtlinge im widerspruch zum französischen gesetz in politische aktivitäten gegen die spanische regierung verwickelt waren."

ärzte im krankenhaus von bayonne, in das man die streikenden gebracht hatte, erklärten, daß es "keine medizinische lösung des problems gäbe".

MADRID (ID/IPS) AUSLANDSTÄTIGKEIT DER FRANCO-POLIZEI?

14. märz im rahmen eines berichts über beratungen des spanischen ministerrats schreibt die madrider tageszeitung "informaciones" am 9. märz, spanische polizisten könnten in verschiedene europäische länder entsandt werden, "um spanische staatsangehörige und werte zu beschützen". diese beamten könnten den spanischen botschaften, konsulaten und anderen dienststellen im ausland unterstellt werden. im französischen außenministerium stellt man dazu fest, daß zwischen den polizeiinstitutionen frankreichs und spanien kein abkommen über zusammenarbeit existiert.

NIEDERLANDE (ID) SCHAH SETZT HOLLÄNDISCHE REGIERUNG UNTER DRUCK

20. märz nachdem die besetzer der iranischen botschaft in amsterdam zu verhältnismäßig kleinen strafen verurteilt worden sind, (unter anderem 100 gulden geldstrafe) wurde am 16.3. das diplomatische corps irans, unter protest, aus den niederlanden abgezogen. die gründe dafür wurden vom schah-regime folgendermaßen angegeben:

1) die milde strafe für die angeklagten durch das gericht
2) die tatsache, daß sich die angeklagten politisch verteidigen konnten
3) daß die zuschauer den angeklagten applaudierten und
4) daß außerhalb des gerichts während der verhandlung eine solidaritätsdemonstration für die angeklagten stattgefunden hat.

"die eben angeführten gründe für den protest der iranischen regierung charakterisieren ein regime, das sich sogar in die inneren angelegenheiten eines anderen landes, in diesem fall der niederlande, einzumischen anmaßt. die militärdiktatur begnügt sich nicht damit, menschenunwürdige methoden im eigenen land gegen die fortschrittlichen kräfte anzuwenden, sondern versucht, solche methoden auch, beispielsweise in den niederlanden und in schweden, durchzubringen. " - stellt die vereinigung der iranischen studenten (cisnu) in einer pressekonferenz fest.

JERUSALEM (ID) WIEDERERSTARKEN DES WIDERSTANDES

29. märz die revolutionären kämpfer des palästinensischen volkes führten eine reihe von militärischen operationen gegen die feindlichen zionistischen einrichtungen, militärischer und wirtschaftlicher art durch. daher hat der zionistische militärapparat einen teil seiner kräfte während der letzten monate in alarmbereitschaft gesetzt, um ein wiedererstarken des widerstandes zu verhindern.

am 13.3.74 zerstörten die revolutionären kämpfer zum vierten mal das zionistische arbeitsamt in jerusalem völlig. am 12.3. wurden die telefonleitungen in jenin zerstört, so daß die verbindung mit anderen städten unterbrochen war. ein kämpfer der spezialeinheiten der pr warf am 16.3. handgranaten in das polizeirevier in der stadt rahabur. das labor der zionistischen universität jerusalems wurde durch sprengsätze völlig zerstört. ein militärbus wurde auf dem weg von nablus nach nazareth am 16.3. nachts angegriffen.

MALAYSIA (ID/IPS) WIEDERAUFLEBEN DER GUERILLATÄTIGKEITEN

16. märz das wiederaufleben der militärischen aktivitäten beunruhigt die regierung in kuala lumpur. ministerpräsident abdul razak hat neuerlich die aufständischen aufgefordert, ihren kampf gegen "eine regierung, die von den sozialistischen ländern einschließlich der udssr anerkannt wird" und in naher zukunft auch von china anerkannt werden soll, einzustellen. die kommunisten, fügte er hinzu, suchten in den gebieten fuß zu fassen, wo 1948 bis 1960 die grossen aufstände stattfanden, die schließlich von den engländern niedergeworfen wurden.

die kp hält "die revolutionäre situation für ausgezeichnet", wie sie am 31. januar in ihrem rundfunk, der "stimme der malaysischen revolution", anläßlich des jahrestages der gründung der nationalen befreiungsarmee am 1. februar 1948, erklärte. die bevölkerung wurde aufgerufen, sich "um das zentralkomitee und den genossen tschin peng zu scharen".

die "far eastern economic review" berichtete in einem artikel aus kuala lumpur, die prochinesische malaysische kommunistische partei habe eine schwere krise hinter sich. es hätte sich eine gegen tschin peng gerichtete fraktion gebildet, die auch andere kampfformen als den bewaffneten kampf forderte. die wendungen in der chinesischen außenpolitik hätten die partei erschüttert. die fraktionen seien schließlich aufgelöst worden, aber tschin peng habe seine macht-

stellung an einen malayen, raschid mydin, verloren. es ist unmöglich, diese information zu verifizieren . sollte es aber zutreffen, daß ein malaye "chef" der kommunisitischen partei geworden ist, so wäre es für kuala lumpur beunruhigend: traditionsgemäß sind es chinesen, die den aufstand leiten und auch das gros der kämpfer stellen. sollten die malaysischen bauern sich dem kampf anschließen, so würde dies weitreichende konsequenzen haben.

NEW DEHLI (PTS/ID) PROTEST IM GUJARAT GEHT WEITER (siehe ID no.28)

13. märz morarji desai, 78-jähriger früherer vizepremierminister hat einen hungerstreik begonnen, um die forderungen, die von demonstranten im staat von gujarat aufgestellt wurden, zu unterstützen.

die demonstranten und oppositionellen parteien fordern die auflösung des staatskongresses und neuwahlen: das unterstützt dasai durch seinen hungerstreik, den er ankündigte, als etwa 200 studenten, die vor dem parlament in new dehli demonstrierten, verhaftet und arrestiert wurden.

DAR-ES-SALAAM (PTS/ID) NEUE MASSAKER IN MOZAMBIQUE

15. märz die mozambique-befreiungsfront frelimo hat die portugischen truppen angeklagt, am 13.1. in chimara in der provinz manica e safala 28 zivilisten ermordet zu haben. ein von der frelimo herausgegebenes komunique weist darauf hin, daß das massaker teil einer intensiven terrorkampagne der portugisischen regierung gewesen sei, um die erfolge der frelimo in diesem gebiet zu bekämpfen.

ARGENTINIEN (CORDOBA) (PTS/ID) GUERILLA AKTIVITÄTEN NEHMEN IN CORDOBA ZU

18. märz etwa 140 leute wurden in der provinz von cordoba verhaftet, nachdem guerillaaktivitäten zugenommen hatten. verwirrung herrscht seit dem 14. märz, als die radiostation "la voz del pueblo" (stimme des volkes) in die luft flog; ein akt, der die konfrontation zwischen rechten und linken bürgergruppen verstärkte.

die polizei verbot daraufhin das tragen von waffen. doch der effekt war bei beiden gruppen (rechte (orthodoxe)- linke (kämpfer)) gleich null.

bei einer attacke, die der rechten zugeschrieben wird, wurde dr. r. elena, ein kämpfer der kp, in san nicholas etwa 200 km nördlich von buenos aires ermordet.

6 bomben explodierten am 14.3. in cordoba; eine in einer bank, eine andere im haus eines rechtsextremistenführers und eine im argentinisch-nordamerikanischen kulturinstitut. am selben tag wurde auf die peronistische linke jugendzentrale in la plata ein feuerüberfall verübt.

SANTO DOMINGO (PTS/ID) BELAGERUNGSZUSTAND IN CIBAO

14. märz die nördliche region von cibao der dominikanischen republik befindet sich fast in einem belagerungszustand, nachdem ein student von der polizei getötet und mehrere andere verwundet wurden. die polizei griff ein, als in verschiedenen städten der region der transportverkehr blockiert wurde, um die regierung zur senkung der benzinpreise und nationalisierung der ölindustrie zu zwingen.

der student kam ums leben, als die polizei in san francisco de macoris eine demonstration auflöste. in puerto plata explodierten am morgen des 13.3. acht bomben.

GUATEMALA CITY (PTS/ID) LINKER KRITIKER IN GUATEMALA ERSCHOSSEN

13. märz unbekanntemörder brachen am 11.3. in das büro eines bekannten linken anwalts ein und erschossen ihn mit einer maschinenpistole.

der rechtsanwalt, edmundo fuerra thelheimer war bekannt als der verteidiger einer großen zahl von studenten, die wegen "politischer verbrechen" in guatemala belangt wurden.

guerra thelheimer hatte einen offenen brief an general kjell laugerud geschickt - der "gewinner" der öffentlichen guatemaltekischen betrugspräsidentschaftswahlen vom 3.3. - indem er die wahl eine "bürgerliche farce" nannte.

MONTEVIDEO (PTS/ID) URUGUAYS REGIERUNG WILL AUSLÄNDISCHE NACHRICHTENAGENTUREN ZENSIEREN

14. märz am freitag, den 14.3. begann die uruguayische regierung, sich von den internationalen nachrichtenagenturen die kopien der bulletins aushändigen zu lassen, die außerhalb des landes gesendet werden. der untersekretär des innenministeriums luis vargas erklärte, daß diese maßnahme keine zensur bedeutet - dahinter stehe nur der wunsch der regierung, zu wissen, was die nachrichtenagenturen über uruguay in andere länder, besonders über politik, wirtschaft und sozialwesen schreiben.

PARIS (ID) FRANZÖSISCHE ZEITSCHRIFT BERICHTET ÜBER DEN ZIONISTISCHEN TERROR

29. märz in paris gibt eine gruppe jüdischer linker die zeitschrift "israel und palästina" heraus, in der die palästinensische frage nach humanitären und fortschrittlichen gesichtspunkten behandelt wird und die davon ausgeht, daß israel eine schöpfung des kolonialismus bzw. des neokolonialismus ist.

sie veröffentlichte im februar bedeutende geheimnisse über den zionistischen terror in europa. so deckten sie die hintergründe über dr. schakuri auf, der bis zu seinem tod angeblich als landwirtschaftlicher mitarbeiter getarnt für israel in der zionistischen botschaft in london diente. dr. schakuri war der boss der zionistischen terror-organisation im europäischen raum. unter dem titel "britanien und terror" schrieb die zeitschrift, daß scottland yard viele geplante zionistische terroranschläge in london aufdeckte und den militärischen berater der israelischen botschaft ermahnt habe, daß sie die verantwortung für jeden weiteren anschlag gegen die in england arbeitenden palästinenser zu tragen hätten.

die zeitschrift berichtete unter anderem auch, daß der britischen polizei eine ganze liste mit namen palästinensischer persönlichkeiten in london, die opfer des zionistischen terrors werden sollten, unter ihnen der plo-vertreter said hamami, in die hände fiel. durch die britische polizei wurden die aktivitäten der "terroristischen organisation israels", die seit 6 jahren in westeuropa arbeitete, aufgedeckt. diese organisation, die von dajan selbst geführt wird, ist für die ermordung von den plo-vertretern, mahmoud hauschan in paris und weil zuter in rom verantwortlich. diese organisation heißt "al-schin-bet".

SANTIAGO (AP/ID) CHILE ERHÄLT BETRÄCHTLICHE AUSLANDSKREDITE

2. märz die junta hat in den ersten 6 monaten ihrer regierungszeit 118 mio. dollar an krediten von internationalen organisationen erhalten und erhofft weitere 143 mio. bis september 74, wie der wirtschaftsminister leniz enthüllte. in einer pressekonferenz sagte er, die kredite seien langfristig und zu guten bedingungen gegeben worden. augenblicklich seien verschiedene kreditoperationen mit privatfirmen aus usa und anderen ländern im gange. 95 mio. dollar habe der internationale währungsfond, 10 mio. dollar die interamerikanische entwicklungsallianz aid und 13 mio. dollar die weltbank zur verfügung gestellt.

außerdem, fügte leniz hinzu, werde die interamerkanische entwicklungsbank bid in diesem monat (märz 74) 93 und im september 75 weitere 50 mio. dollar vergeben. 'wir haben unsere situation gegenüber dem ausland verbessert. wir haben die auslandsverschuldung auf

den laufenden stand gebracht (...) und es ist uns gelungen, die inflationsrate trotz erdölkrise und ihren starken auswirkungen in der ganzen welt zu senken". (wenn es auch keine offiziellen statistiken gitbt, liegt die inflationsrate 1973 informationsschriften zufolge, bei 700%). "die inflation wird dieses jahr weitergehen, aber wir hoffen, mit verminderter geschwindigkeit und bei geringeren preiserhöhungen", sagte leniz. außerdem gestand er ein, die zahlungsbilanz des landes weise ein defizit von etwa 500 mio. dollar auf. das la nd befinde sich in einer "erholungsphase" seit september 73 (...) industrieproduktion, landwirtschaft, bergbau und finanzen haben sich verbessert". im landwirtschaftssektor erwartet die regierung für 1974 einen bedeutenden zuwachs. den experten zufolge, werde die nutzfläche des agrarjahres 73/74 um 35% zunehmen. chile besitzt 1,5 mio. hektar kultivierbare fläche, von denen 1973 nur etwa über 1 mio. bebaut wurden. diese verschlechterung ist den regierungstechnikern zufolge "der schlechten agrarpolitik des vorangegangenen regimes zu verdanken" (...).

leniz wird am 9.3. zur amtsübernahme des venezol. präsidenten andrés perez nach caracas reisen und pinochet am 15.3. nach brasilien zur amtsübernahme von geisel (um sich dabei "zufällig" mit banzer zu treffen, da chile und bolivien seit 1962 ihre diplomatischen beziehungen abgebrochen haben). in bezug auf nachrichten aus chile verweisen wir auf die 14-tägig erscheinenden "chile-nachrichten". zu beziehen: red. "chile-nachrichten", c/o esg, 1 berlin 31, koblenzer str. 8, tel. 030/8538000.

DOKUMENTATION

DOKUMENT 1 ANTWORT DES WOHNUNGSAMTES AN DIE 67 OBDACHLOSEN DER ABGERISSENEN HÄUSER

27. märz betr.: wohnprobleme ehemaliger bewohner der häuser bockenheimer landstraße 111-113 und schumannstraße 69/71

sehr geehrte damen und herren,

67 personen sind uns von ihnen als wohnungssuchende im zusammenhang mit der räumung der im betreff genannten häuser gemeldet worden. die notwendigen schriftlichen anträge wurden von mitarbeitern des amtes für wohnungswesen - soweit möglich - direkt im dietrich-bonhoeffer-haus entgegengenommen. von den noch fehlenden anträgen für 14 personen wurden 7 am freitag vergangener woche nachgereicht. nach auswertung dieser unterlagen haben wir inzwischen alle in frage kommenden wohnungsbaugesellschaften angeschrieben und um prüfung gebeten, inwieweit möglichkeiten bestehen, die insgesamt 11 wohngruppen mit dem ihrer größe entsprechenden wohnraum zu versorgen. das ergebnis muß abgewartet werden.

unabhängig davon scheint es uns angemessen, wenn zwischenzeitlich mitglieder ihrer wohngruppen versuche unternehmen, auf dem freien wohnungsmarkt geeigneten wohnraum zu finden. zur erleichterung geben wir ihnen nachstehend die adressen von einigen maklern bekannt, mit denen die stadt frankfurt a/m. schon mehrmals gut zusammengearbeit hat. eine finanzielle beteiligung der stadt an evtl.vermittlungsgebühren kann nicht erfolgen.

1) e-wo-ge, frankfurt a.m., zeil 81, tel. 285882 u. 287110
2) horst neuhaus immob., ffm., bergerstr. 39, tel. 435431 u. 446460
3) kienast & benedickt, ffm., roßmarkt 13, tel. 28951

im übrigen sollten sie auch versuchen, im neuen studentenwohnheim in ginnheim (bezugstermin 1.4.74) für den einen oder anderen ein zimmer zu erhalten; laut frankfurter rundschau vom 23.3.74 steht z.zt. noch die hälfte der zimmer leer. (ID: die zimmer sind 11 qm groß)

eine weitere möglichkeit, den derzeitigen zustand zu verbessern, kann auch darin gesehen werden, daß diejenigen, deren eltern in frankfurt am main oder zumindest in der näheren umgebung von frankfurt wohnen, - und das sind nicht wenige - dort zumindest vorübergehend eine unterkunft finden.

wir möchten noch darauf hinweisen, daß eine ganze anzahl der uns genannten personen bei der räumung der häuser bockenheimer landstraße 111-113 und schumannstraße 69/71 nicht erfaßt wurden und auch für keine der genannten liegenschaften polizeilich gemeldet sind. es drängt sich deshalb der verdacht auf, daß es sich hierbei um personen handelt, die zumindest durch die räumung nicht obdachlos geworden sind. für die aufklärung dieses sachverhalts wären wir dankbar.

abschließend möchten wir sie noch bitten, uns über die ergebnisse ihrer eigenen bemühungen zur beschaffung von wohnraum auf dem laufenden zu halten. sobald wir nachricht der wohnungsgesellschaften erhalten, werden wir sie ebenfalls unterrichten.

hochachtungsvoll berg (stadtrat)

DOKUMENT 2 ZUR GESCHICHTE UND PRAXIS DER "STAATSSCHUTZKAMMERN" IN DER BRD

15. märz 1. auf dem gebiet des gerichtswesens war eine der wichtigsten forderungen der demokratischen bewegung des 19. jahrhunderts das verbot politischer sonderstrafgerichte gewesen. in der revolutionsverfassung von 1848 war dieses recht erhalten. in der folgezeit der reaktion war es nur teilweise garantiert; faktisch wurden politische prozesse - wenn sie wichtig waren - vor dem reichsgericht geführt, wo keine rechtsmittel dagegen möglich waren. als sonderstrafgerichte gab es damals nur die militärgerichte.

2. das erste politische sondergericht war dann der 1922 in leipzig eingerichtete staatsgerichtshof. dieses gericht war anläßlich der prozesse gegen die faschistischen attentäter gegen erzberger, rathenau u.a. eingerichtet worden. es wurde aber vor allem bekannt dadurch, daß es vor allem kommunisten und linke verfolgte. eines seiner bekanntesten urteile war der "buchhändlerprozeß": ein kommunisitischer buchhändler, der marx- und lenin-schriften in seinem laden anbot, wurde wegen "vorbereitung zum hochverrat" zu einer gefängnisstrafe verurteilt! näheres über dieses sondergericht kann man im fischer-taschenbuch "politische justiz in der weimarer republik" von heinrich hannover nachlesen.

mit der faschisierung der weimarer republik durch die notverordnungen wurde das instrument der politischen sondergerichte erheblich erweitert. so ließ sich 1931 die regierung brüning durch notvo die möglichkeit geben, sondergerichte zu errichten. am 9.8.1932 erließ dann die papen-regierung eine notvo, nach der in ausgewählten gebieten des reiches sondergerichte errichtet wurden, und zwar vor allem in berlinundim ruhrgebiet.

3. kaum war hitler an die macht gekommen, da wurde das instrument der politischen sondergerichte ausgebaut und perfektioniert. durch notvo vom 21.3.33 wurde in jedem oberlandesgerichtsbezirk bei einem landgericht ein sondergericht gebildet. gegen diese sondergerichte gab es keine rechtsmittel, die schöffen wurden "gesäubert", es entschieden allein 3 sonderrichter. diese waren zuständig für alle "verbrechen und vergehen gegen die notvo zum schutz von volk und staat und die heimtücke-vo". diese sondergerichte waren ein wichtiges herrschaftsinstrument des faschismus.

4. sofort nach der niederwerfung des faschismus wurden 1945 die sondergerichte auf aufgelöst. im potsdamer abkommen wurde in III 4 + 8 geregelt, daß alle gesetze, die zur politischen diskriminierung führen und die grundlage der nationalsozialistischen herrschaft bildeten, abgeschafft werden und daß das gerichtswesen demokratisch reorganisiert werden muß. entsprechend wurde dann durch kontrollratsgesetz nr. 4 das verbot der sondergerichte durchgeführt.

das verbot solcher sonderstrafgerichte schlug sich auch in den ersten verfassungen der länder nieder. so heißt es in art. 20 der hessischen verfassung von 1946: "ausnahme- und sonderstrafgerichte sind unstatthaft" - d.h. verboten. genauso lautet art. 6 der bremer verfassung, ähnliche vorschriften finden sich in den verfassungen von bayern,. westberlin und rheinland-pfalz.

eine ähnliche vorschrift war auch in allen entwürfen des grundgesetzes enthalten. in art. 101 gg heißt es, daß ausnahmegerichte unzulässig sind. allerdings wurde im zweiten satz sofort ein hintertürchen geöffnet: "gerichte für besondere sachgebiete können nur durch gesetzt errichtet werden." in den verhandlungen im parlamentarischen rat forderte die kpd, daß ausdrücklich die sonderstrafgerichte, wie sie im faschismus bestanden, verboten werden und nicht durch die hintertür des 2. satzes wieder eingeführt werden könnten. der damalige ausschußvorsitzende carlo schmid (spd) meinte damals, damit seien keine sonderstrafgerichte, sondern jugend- und mietgerichte gemeint. die weitere geschichte hat gezeigt, daß dieser 2. absatz im gg art. 101 bald wieder in einem bestimmten sinne konkretisiert wurde.

schon nach 2 jahren, d.h. 1951 wurde das gerichtsverfassungsgesetz (gvg) so geändert, daß u.a. wieder ein umfassendes politisches strafrecht und möglichkeiten der gesinnungsjustiz geschaffen wurden. im regierungsentwurf waren die sondergerichte damals noch nicht enthalten, doch wurden sie vom justizministerium in ausschußverhandlungen eingebracht. wörtliche sagte damals dr. rotberg, vertreter des justizministeriums, im ausschuß: "um zu erreichen, daß die rechtssprechnung der strafkammern in diesem bereich besonders zuverlässig wurde, hat es der herr minister für zweckmäßig gehalten, vorzuschlagen, daß die zuständigkeit nicht jeder strafkammer zuzuweisen (sei), sondern nur strafkammern, die für einen größeren bereich bei einer besonders sachkundigen stelle erfahrungen gesammelt werden, um dadurch die rechtssprechung zu vereinheitlichen und bessere maßstäbe zu gewinnen ... schließlich ist es möglich , besonders hochwertige richter für diese aufgabe zu gewinnen, die nicht jedem liegt." cdu, fdp und spd folgten dem und beschlossen die änderung des gerichtsverfassungsgesetzes, durch die wieder sondergerichte eingerichtet wurden, diesmal "staatsschutzkammern" genannt. nach § 74 a dieses gesetzes wird bestimmt, daß in jedem oberlandesgerichtsbezirk bei einem landgericht eine sonderkammer für politische straftaten zuständig wurde. (für das oberlandesgericht hamm ist es z.b. beim landgericht dortmund).

das erinnert genau an die organisation der notvo vom 21.3.33. im unterschied zu den faschisten wurden 2 schöffen den 3 sonderrichtern beigeordnet. außerdem ist gegen die landgerichtsurteile die revision möglich - allerdings beim bundesgerichtshof, wie unten skizziert wird.

es handelt sich bei dieser sondergerichtsbarkeit um eine besonders ausgesuchte und kontrollierbare gerichtsbarkeit: das zeigt der folgende vergleich zwischen normaler justiz und politischer justiz: "normale justiz läuft in der brd über 757 amtsgerichte, 93 landgerichte, 1 bundesgerichtshof - an allen zusammen sind ca. 5000 strafrichter tätig. das verfahren normaler justiz läuft über 3 schritte: 1. rechtszug - beweisaufnahme und urteil; berufung - faktische und juristische überprüfung; revision - nur juristische überprüfung.

in der praxis ist dabei die berufung sehr wichtig, weil hier alle zeugen noch einmal vernommen und neue zeugen geladen werden können und der angeklagte hier alle tatsachen noch einmal zur sprache bringen kann. in der revision dagegen wird nur "überprüft", ob die paragraphen richtig angewandt worden sind; die tatsachenbehauptungen des urteils der vorhergehenden instanz werden als wahr angenommen.

für politische verfahren sind von den oben aufgeführten richtern und gerichten nur wenige ausgewählt:

19 landgerichts-staatsschutzkammern:	57 berufsrichter und 38 schöffen,
11 oberlandesgerichtssenate	55 berufsrichter
1 bundesgerichtshofs-senat	5 berufsrichter
zusammen	117 berufsrichter und 38 schöffen.

noch ein vergleich: in nrw gibt es insgesamt 144 strafkammern an landgerichten, davon sind nur 3 für politische verfahren zuständig. es handelt sich also bei fällen, die die ermittelnde staatsanwaltschaft den staatsschutzkammern zuweist, um eine gerichtsbarkeit, wo sehr wenige und genau ausgewählte richter tätig sind.

nun zum verfahren: im 1. rechtszug entscheiden entweder die lansgerichtskammer nach § 74 a gvg oder die oberlandesgerichtssenate nach § 120 gvg. eine berufung gibt es nicht. es gibt nur die revision - beim bundesgerichtshof in karlsruhe. hier gilt eine weitere einschränkung: beim bgh in karlsruhe gibt es normalerweise verschiedene senate, die entscheiden können und die bei widersprüchen den großen bgh-senat anrufen können. für politische verfahren ist jedoch nur der 3. senat zuständig, so daß eine überprüfung durch den großen senat gar nicht erst vorgesehen ist.

zur reform von 1969: sie wurde noch von der großen koalition unter dem beifall aller im bundestag vertretenen parteien durchgeführt. bis dahin wurden "besonders schwere" politische straftaten schon in der 1. instanz beim bgh verhandelt, so daß nicht einmal eine revision möglich war. das wurde 1969 geändert, statt dessen wurden solche fälle an 11 oberlandesgerichts-senate aufgeteilt. aber an der grundlage der politischen sonderjustiz wurde festgehalten. die parteien fürchten sogar, daß die zentrale zuständigkeit des generalbundesanwalts, der weisungsabhängig vom bundesjustizminister ist, bestehen blieb, und daß der kreis der ermittlungsrichter beim bgh in politischen strafsachen noch mehr eingeschränkt und spezialisiert wurde, denn diese benötigen ja - so wurde gesagt - eine "besondere entschlußfähigkeit". auch sei "die prozeßtaktik der angeklagten schwer durchschaubar" -, man müsse die methoden der radikalen sehr genau studieren, außerdem müßte die rechtssprechung "zuverlässig" bleiben. in dieser parlamentsdiskussion kam auch ansatzweise zur sprache, gegen wen die sondergerichte gerichtet seien. so nannte der bundesanwalt kohlhaas sondergerichte für besonders notwendig "in ballungszentren oder in der nähe von truppenübungsplätzen", weil dort "mehr an subversiver tätigkeit zu befürchten ist". in aller regel richtet sich seit den fünfziger jahren die politische sonderjustiz gegen kommunisten und solche, die die justiz/ staatsanwaltschaft für solche hält. in dieser sonderjustiz wurden nach offiziellen regierungsangaben z.b. 1963: 1o.222 ermittlungsverfahren im bundesgebiet betrieben; vor der dortmunder staatsschutzkammer laufen z.b. im märz 1974 fast täglich verhandlungen - unter ausschluß der öffentlichkeit, was das gericht beschließen kann, bzw/ so gut wie ohne berichterstattung in massenmedien.

zur arbeitsweise: "die richtlinien für das strafverfahren", die vom bundesjustizminister und von den länderjustizministern gemeinsam herausgegeben sind und für richter und staatsanwälte bindend sind, legt z.b. nr. 22o fest: "in staatsschutzverfahren ist es in der regel geboten, mit den ämtern für verfassungsschutz und den übrigen nachrichtendiensten der brd fühlung zu nehmen, damit dort gesammelte nachrichten und unterlagen bei den ermittlungen ausgewertet werden

können. auf die beim bundesamt für verfassungsschutz bestehende zentrale beweismittelstelle wird hingewiesen. in fällen von besonderer bedeutung empfiehlt es sich, schon vor dem 1. zugriff mit den bezeichneten dienststellen in verbindung zu treten". die richtlinien sichern, daß der verfassungsschutz z.b. die protokolle aller vernehmungen, die anklageschriften und urteile aller politischen verfahren erhält, bei wichtigeren anklagen erhält der verfassungsschutz sogar sämtliche akten. außerdem ist das bundeskriminalamt z.b. vor jeder beschlagnahme von schriften zu benachrichtigen und zu befragen. damit haben verfassungsschutz und bundeskriminalamt allein durch ihre funktion als zentrale informationsstelle eine schlüsselstellung. genauso besteht zwischen politischer justiz und regierung eine verbindung, wie sie nr. 223 o.g. richtlinien regelt.: bei allen verfahren wegen "verunglimpfung und beleidigung oberster staatsorgane" ist sofort das bundesjustizministerium zu benachrichtigen; ihm istalles mitzuteilen, was die ermittlungesbehörden z.b. auch durch verfassungsschutz in erfahrung bringen, einschließlich "besonderer tatumstände", "persönlichkeit", "verhältnisse", "vorstrafen" und "reue des täters".

zusammengestellt anfang 1974.

DOKUMENT 3 PRESSEKONFERENZ MIT TAN HONG HY, VERTRETER DER GRUNC UND FUNC (19.3.) (TEIL 1)

zunächst möchte herr tan hong hy den verantwortlichen und den mitgliedern der liga gegen den imperialismus dafür danken, daß sie im rahmen der internationalen solidaritätswoche hier in der brd und in westberlin eine anzahl von veranstaltungen organisieren.

es sind inzwischen vier jahre vergangen, seit am 18. märz 1970 der faschistische putsch lon nols in kambodscha ein neutrales land, das auch mitglied der uno gewesen ist, in so viel unheil gestürzt hat. den charakter dieses staatsstreiches kann man auch daran ermessen, daß am 30. april 1970 30.000 gis und 80.000 soldaten der saigoner marionetten in das land eingefallen sind. das kambodschanische volk war einhellig von dem wunsch beseelt, mit dieser invasion abzurechnen und hat es innerhalb kurzer zeit geschafff, die invasion zum stehen zu bringen. nach dem scheitern dieser invasionspolitik griff die usa zu einer anderen strategie, nämlich der vietnamisierung in kambodscha, d.h. daß kambodschaner gegen kambodschaner kämpfen sollen. ein deutliches anzeichen für diese vietnamisierung des krieges war die massive invasion saigoner marionettentruppen, die damals die aktion "totaler sieg" gegen das kambodschanische volk starteten. diese invasion wurde koordiniert durch eine ähnliche invasion saigoner truppen in laos, die unter dem namen lam son 719 in die geschichte eingegangen ist. aber diese operation, die in der absicht angetreten wurde, den endgültigen sieg zu erringen, ist schließlich zur endgültigen niederlage geworden.

nach dieser niederlage griffen die usa zu einem anderen manöver, nämlich zur amerikanisierung des luftkrieges über kambodscha. 6 1/2 monate nach der unterzeichnung des friedensabkommens für vietnam haben die usa in einer sehr barbarischen weise das land mit ihren luftstreitkräften heimgesucht. die intensität dieses bombardements übersteigt alles, was in den anderen ländern indochinas von den usa angerichtet wurde und hat nicht seinesgleichen in der gesamten geschichte der menschheit. 4000 bis 5000 tonnen bomben wurden täglich über kambodscha abgeworfen. das entspricht 7 atombomben des typs der über hiroschima abgeworfen wurde in einem einzigen monat. und die gesamtmenge der über kambodscha in sechseinhalb monaten abgeworfenen bomben entspricht der 1 1/2 fachen menge, die im zweiten weltkrieg über japan abgeworfen wurde und 4 1/2 mal der menge, die über england niederging.

nach dem 15. august war die regierung nixon infolge des heldenhaften kampfes des kambodschanischen volkes und aufgrund der weltweiten unterstützung aller menschen, die für den frieden und für die gerechtigkeit sind. das marionettenregime von pnom peng kann gegenwärtig nur aufgrund der hilfe der amerikanischen imperialisten überleben. 2 millionen dollar geben die amerikanischen imperialisten täglich aus, um das überleben dieses regimes sicherzustellen.

vor dem staatsstreich in kambodscha war dieses land ein reiches reisproduzierendes land. inzwischen ist das land soweit, daß in den gebieten, die von dem verräterischen regime kontrolliert werden, die bevölkerung auf reis aus kalifornien angewiesen ist. vor dem staatsstreich kosteten 100 kg reis 400 ruel, heute kosten 100 kg reis 20.000 ruel. ein mittlerer beamter verdient aber

nur 500 ruel im monat.

das verräterische regime befindet sich gegenwärtig vollkommen in der sackgasse und kann auf keinerlei unterstützung von seiten der bevölkerung rechnen. die handelsbilanz weist ein großes defizit auf. das marionettenregime von pnom pen hat einen staatshaushalt von 48 mrd. ruel. im haushaltsjahr 1973 kam es zu einem defizit von 30 mrd. ruel. offiziell hat der ruel eine abwertung von 600% seit dem staatsstreich. aber in wirklichkeit ist die entwertung schon bei 1000% angelangt. auf dem militärischen sektor fehlen dem regime z.zt. soldaten. 10.000 soldaten der marionettentruppen werden monatlich von den volksbefreiungsstreitkräften außer gefecht gesetzt. gegenwärtig werden gewaltsame rekrutierungen durch das regime vorgenommen, und zwar von kindern zwischen 12-14 jahren. wir schätzen, daß in der marionettenarmee gegenwärtig 6000 kindersoldaten sind. die marionettenarmee wird beaufsichtigt und ausgestattet vom us-imperialismus und von der amerikanischen armee.

seit dem 15. august 1973 befinden sich 3.500 amerikaner als "personal" in kambodscha. in den plänen nixons wird dieses personal im laufe dieses jahres noch auf 10.000 steigen.

was die funk und die grunc betrifft (nationale einheitsfront in kambodscha und königliche regierung der nationalen union), so ist zu sagen, daß die volksbefreiungsstreitkräfte z.zt. über 91 prozent des landes befreit haben, wo eine bevölkerung von mehr als 6 millionen und 80% der gesamtbevölkerung wohnen. im rahmen der gegenwärtigen trockenperiode wurden vor allem die größeren städte, die noch von den verrätern kontrolliert werden, angegriffen. und wie ihr sicherlich wißt, haben wir gegenwärtig alle zufahrtswege, über die die hauptstadt pnom pen versorgt wird,

stadt pnom phen versorgt wird, bloeckiert.

die nationalstraßen 4 und 5, welche die wichtigsten zufahrswege sind, wurden endgültig unterbrochen. die nationalstraße 4 führt von pnom phen zum seehafen sihanoukville, dem einzigen seehafen des landes. die nationalstraße 5 geht von pnom phen zum norden des landes, nach batambang, der großen reisvorratskammer des landes.

pnom phen wird gegenwärtig über den mekong versorgt. aber wir haben 70-80% aller transporte, die die stadt über den fluß erreichen sollten, vernichtet.

auf internationaler ebene werden func und grunc von allen völkern, die sich für frieden und gerechtigkeit einsetzen, unterstützt und anerkannt. auf diplomatischer ebene haben über 60 staaten die grunc anerkannt. sie wird als einzige legitime vertreterin kambodschas anerkannt. während der vergangenen 28.session der uno haben 50 staaten dafür gestimmt, daß der grunc ihr legitimer sitz in der uno wieder zukommt.

unser volk befindet sich gegenwärtig in einer ganz entscheidenden etappe, der offensive nämlich die den endgültigen sieg herbeiführen soll. die imperialisten beginnen zu begreifen, daß sie die entwicklung des kampfes nicht mehr aufhalten können. deshalb haben sie die sogenannt dritte kraft ins leben gerufen. aber diese ist auch nur wieder eine schöpfung der imperialisten. diese dritte kraft ist äußerst unpopulär beim kambodschanischen volk. die func ist eine ausgesprochen breite front. in ihr sind alle schichten der kambodschanischen bevölkerung vertreten, alle kambodschanischen partioten, die gegen den amerikanischen imperialismus und für ein unabhängiges, neutrales und blühendes kambodscha kämpfen wollen. gestützt auf die unterstützung derjenigen völker, die für frieden und gerechtigkeit in der welt eintreten, sind wir überzeugt, daß wir den endgültigen sieg erringen werden.